

12. Juli 2016

## **Entwicklung eines kommunalen Integrationskonzepts**

Bereits am 1. Dezember 2015 hatten sich die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege mit einer öffentlichen Erklärung an Politik und Verwaltung mit der Aufforderung gewandt, „eine mittelfristige strategische Planung vorzunehmen, die alle Lebensbereiche der Alt- und Neubürger des Gemeinwesens mit einschließt“. Bei allem Verständnis für die extrem schwierigen Rahmenbedingungen, unter denen insbesondere die Sozialverwaltung arbeitet, und in voller Würdigung des Arbeitseinsatzes der in der Verwaltung Beschäftigten hatten die Verbände darauf hingewiesen, dass es auf Dauer nicht genügt, im „Krisenmodus“ zu verharren, sondern dass ein kommunaler Masterplan entwickelt werden muss, welcher der Integration der bei uns zuwandernden Menschen dient, ohne die nach wie vor vorhandene und seit vielen Jahren in Duisburg bestehende schwierige soziale Gemengelage insgesamt auszublenden.

Heute stellen die Verbände fest, dass diese Forderung nach wie vor uneingelöst ist. Die Situation stellt sich uns wie folgt dar:

1. Der Oberbürgermeister hat kurz vor Weihnachten eine alle relevanten Handlungsfelder umfassende Koordinierungsgruppe „Integration und Asyl“ berufen. Die Institutionen, die dort zusammenarbeiten soll, sind aber mit ihrem laufenden Geschäft bereits stark überlastet; so muss beispielsweise das Kommunale Integrationszentrum (KI), dem die Federführung der Koordinierungsgruppe übertragen ist, gleichzeitig die Voraussetzungen zur Beschulung minderjähriger Flüchtlinge schaffen.
2. Ebenfalls unter Federführung des KI wird seit Jahren versucht, ein Integrationskonzept zu erarbeiten; daran sind auch Mitarbeitende der Wohlfahrtsverbände beteiligt, die aber zunehmend am Gelingen des Vorhabens zweifeln.
3. Die Frage nach Integration wird im Grunde nur noch mit Blick auf Flucht und Asyl gestellt. Die Integration von fast 20.000 Menschen aus Südosteuropa, die inzwischen in Duisburg leben und die Stadtgesellschaft in einem Maße fordern wie in keiner anderen bundesdeutschen Großstadt, wird politisch weitgehend ausgeblendet.

So kann es aus Sicht der Verbände nicht weitergehen.

Eine abgestimmte Strategie und ein schlüssiges Konzept zur Integration sind dringend erforderlich, nicht zuletzt auch, um alle Handelnden innerhalb der Stadtgesellschaft einvernehmlich in gleiche Richtung und mit gleicher Zielsetzung auf den Weg zu bringen.

Wir erkennen und würdigen den Einsatz, den das KI an den Tag legt, um den vielfältigen Erwartungen, die man ihm gegenüber hegt, zu genügen. Wir erkennen aber auch, dass das KI als niemandem gegenüber weisungsberechtigte Stabsstelle strukturell gar nicht in der Lage ist, notwendige Schritte zur Ausarbeitung und Umsetzung eines Integrationskonzepts durchzusetzen.

Wir schlagen deshalb vor, folgende Schritte zu unternehmen:

1. Mit der konkreten Aufstellung des Integrationskonzepts wird eine dazu geeignete externe Agentur beauftragt, die ihre Aufgabe analog zu dem bewährten Weg der Erstellung der kommunalen Sozialberichte bearbeitet. Unter ihrer Federführung können die bereits bestehenden fachlichen Diskussionsprozesse zielgerichtet weitergeführt werden.
2. Das Thema Integration braucht in Duisburg ein Gesicht. Die Leitung der damit zu befassenden Arbeitszusammenhänge wird daher als Chefsache einem oder einer der städtischen Beigeordneten übertragen, der oder die in Abstimmung mit dem Verwaltungsvorstand und im direkten Auftrag des Oberbürgermeisters die notwendigen Kooperationsprozesse steuert. Geschäftsführend wird ihm bzw. ihr das KI zur Unterstützung beigegeben.

3. Der Rat der Stadt berät und beschließt dazu so schnell wie möglich eine Zielvorgabe einschließlich eines Zeitrahmens.

Die Verbände gehen davon, dass diese neue Arbeitsstruktur unmittelbar nach den Sommerferien in Gang gesetzt werden kann. Zu einer vertiefenden Erörterung mit dem Herrn Oberbürgermeister stehen wir gern und jederzeit zur Verfügung.